

4
79

Union in Deutschland

Bonn, den 25. Januar 1979

Handeln um die Zukunft zu sichern

Es wird in diesen Monaten immer deutlicher, daß nach 10jähriger Regierungszeit von SPD und FDP die Bundesrepublik Deutschland immer mehr aus ihrer Substanz lebt. Diese Regierung ist dabei, das aufzuzehren, was zuvor an Kraft und Reserven geschaffen wurde. Sie teilt aus, was da ist, und sie verschließt fest und entschlossen die Augen vor der Zukunft.

Mit diesen Worten leitete Helmut Kohl am Mittwoch im Deutschen Bundestag seine große Rede zum Bundeshaushalt 1979 ein. Dem Bundeskanzler rief er zu: Sehen Sie nicht, daß zwischen Ihrer heilen Welt, die Sie den Bürgern aus Wahlgründen vortragen, und der Wirklichkeit eine immer tiefergehende Kluft zu beobachten ist?

Nach seiner Stellungnahme zu den aktuellen Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur Wahl des Bundespräsidenten stellte Helmut Kohl zur außenpolitischen Entwicklung fest:

Wir sind bereit — Herr Bundeskanzler, ich mache dieses Angebot erneut —, im Rahmen eines vernünftigen Dialog zwischen Regierung und Opposition unseren Beitrag für die außenpolitische Entwicklung, für eine wirkliche Friedens- und Entwicklung, für eine wirkliche Friedens- und Entwicklung,

Weiter auf Seite 2

■ ETATDEBATTE

Helmut Kohl: Die Wirklichkeit sieht anders aus, Herr Bundeskanzler

Seite 3

Die Kampagne gegen Karl Carstens ist erbärmlich und abstoßend

Seite 6

■ BUNDES-HAUSHALT

So wurde abgestimmt

Seite 8

■ DEUTSCHLAND-TAG

Junge Union auf Europawahlkampf gründlich vorbereitet

Seite 11

■ JUGENDBERICHT

Typisches Beispiel linker Rechtshaberei

Seite 12

■ PARTEIARBEIT

Eine Fülle von Taten, Ideen und Aktionen aus den CDU-Verbänden

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Bundesregierung hat sich von der „Berufsverbots“-Kampagne überrollen lassen / Abkehr von der wehrhaften Demokratie

grüner Teil

■ EUROPA

Wahlprogramm der SPD — ein Programm sozialistischer Gesellschaftsveränderung

blauer Teil

■ INFORMATION

Wehrdienstverweigerer müssen zu lange warten

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Manfred Wörner, hat in einem Brief an den Bundesminister der Verteidigung Apel darauf hingewiesen, daß ihn (Wörner) in den letzten Tagen und Wochen eine Fülle von Zuschriften erreicht haben, in denen Wehrdienstverweigerer Klage darüber führen, daß über ihre Berufung auf Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz nicht entschieden werde. In einem Fall ist zum Beispiel bekannt geworden, daß dem Betroffenen die Auskunft erteilt wurde, er müsse zwei Jahre auf die Entscheidung warten. Auch aus Presseberichten gehe hervor, daß mehrere zehntausend Anträge auf ihre Erledigung warten. Mit Bedauern stellt Wörner fest, daß die Bundesregierung keinerlei Aktivitäten im Hinblick auf eine Neuregelung des Wehrpflicht- und Zivildienstrechts nach der Entscheidung des Bundesverfassungsge-

(Fortsetzung von Seite 1)

spannungspolitik zu leisten. Wann endlich werden Sie begreifen, daß es für den Regierungschef doch auch in internationalen Verhandlungen — zumal für einen Regierungschef, der mit einer so knappen Mehrheit regieren muß — ein wertvolles Pfand sein kann, diese Unterstützung zu bekommen. Wir sind bereit, hier zusammenzuarbeiten. Setzen Sie endlich ein Zeichen des guten Willens. Die Zukunft unserer Bürger und der Bundesrepublik Deutschland hängt davon ab.

richts ergriffen habe, obwohl die CDU/CSU-Fraktion bereits Mitte November ihre Vorstellungen ausführlich dargelegt habe. Ein längeres Hinauszögern hält Wörner auch im Interesse der Einstellung junger Leute zum Staat für nicht mehr vertretbar.

EG-Bürger künftig zweisprachig

Jeder Bürger der Europäischen Gemeinschaft (EG) soll sich künftig in einer zweiten Sprache verständigen können. Dies ist eines der Ziele, die sich die EG-Kommission nicht zuletzt im Hinblick auf die ersten europäischen Wahlen mit verschiedenen neuen Initiativen zur Bildungspolitik in der EG gesetzt hat. Das Europäische Parlament erarbeitete dazu einen eigenen Beitrag. Man hält bessere Fremdsprachenkenntnisse für das gegenseitige Verständnis für dringend erforderlich.

Erfolgreiches CDU-Modell

Ein halbes Jahr nach dem Start des ersten Modellversuchs mit einem Erziehungsgeld für berufstätige Eltern zugunsten ihrer neugeborenen Kinder will der niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU) die Zahl der Empfänger mehr als verdoppeln. „Wir sind völlig überrascht, wie viele Mütter bereit sind, für die Kindererziehung auf ihren Arbeitsplatz zu verzichten“, erklärte die im Sozialministerium in Hannover für Familienfragen zuständige Referentin, Marianne Schlösser, der „Welt“ zufolge. Unter der Voraussetzung, daß ein Ehepartner für mindestens 18 Monate zugunsten der Kindererziehung auf seinen Arbeitsplatz verzichtet, erhält die Familie für diesen Zeitraum 350 Mark monatlich sowie Sozialabgaben aus der Landeskasse.

■ ETATDEBATTE IM BUNDESTAG

Helmut Kohl: Die Wirklichkeit sieht anders aus, Herr Bundeskanzler

Wer ins Land hineinschaut, weiß, daß diese Bundesrepublik Deutschland materiell, geistig und psychologisch die Kraft hat, um mit ihren Problemen fertig zu werden. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß bloße politische Technokraten eben nicht in der Lage sind, diese Kräfte unseres Volkes zu mobilisieren. Denn wir haben erlebt, daß Sie sich, Herr Bundeskanzler, und Ihre Regierung vor allem an Zahlen und nicht an der Wertordnung, an Prozentsätzen, die dann noch manipuliert werden, und nicht an den Grundsätzen, an Trends, statt an wirklichen Zielen orientieren.

Wir wissen, daß dies die Bürger wenig berührt. Es wird immer wieder gesagt, einige Tausend Arbeitslose weniger als eine Million, einige Zehntel-Prozentpunkte mehr Bruttosozialprodukt seien bereits der entscheidende Durchbruch, das werde einen neuen Horizont der wirtschaftlichen Perspektive signalisieren, damit seien alle Probleme gelöst. Wir jedoch wissen, daß Sie sich mit solchen Aussagen Jahr für Jahr um die wirklichen Probleme herumgewunden haben.

Wir wissen, daß hinter jedem Prozentpunkt des Arbeitsmarktes und der nüchternen, nackten Statistik Menschen und ihre Schicksale stehen. Wir wissen,

daß die Sorge, die gerade die Macher gerne vergessen, wenn sich der Scheinwerfer nur auf nackte Zahlen richtet, bei unseren Mitbürgern umgeht.

Was wir in der Bundesrepublik Deutschland brauchen, sind politische Entscheidungen, die gerade diesen Problemen, die sich als langfristige Probleme eingestellt haben, endlich gerecht werden. Aber, meine Damen und Herren von der Koalition, der innere Zustand Ihrer Parteien erlaubt es ja gar nicht mehr, die notwendigen und wirklichen Entscheidungen zu treffen.

Denn welchen Entscheidungsspielraum haben Sie denn noch, Herr Bundeskanzler, wenn etwa in der Grundlagenfrage der Energiepolitik nur die Rücktrittsdrohung aller der FDP angehörenden Minister und des Fraktionsvorsitzenden der FDP Ihnen überhaupt erspart hat, die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen?

Sie müssen Sachfragen des Alltags, Sachfragen, die die Zukunft bestimmen, zu Machtfragen erheben, um einfach überleben zu können. Das war so bei der Entscheidung über Kalkar, das war so bei den Entscheidungen über den Steuerkompromiß, das war so bei den dann ausgebliebenen Entscheidungen im Kampf um die Verbesserung der inneren Sicherheit. Das wird sich jeden Tag wieder und immer wieder wiederholen; denn in der SPD und der FDP

gibt es eben in diesen zentralen Sachfragen der deutschen Politik keine Übereinstimmung.

Das einzige, was Sie hier als übereinstimmend vortragen können, ist der Wille, um jeden Preis an der Macht zu bleiben; das ist Ihr gemeinsamer Nenner.

Deshalb, Herr Bundeskanzler, findet eben Politik nicht mehr statt. Deswegen weichen Sie auf die Gipfel aus, um, von Gipfel zu Gipfel springend, dann Ihre Botschaft möglichst nichtsagend unter die Bürger zu bringen. Deshalb ist inzwischen, statt tatkräftige Politik zu praktizieren, Politik durch Propaganda abgelöst, und deshalb wird Führung durch Selbstdarstellung ersetzt.

Der Bevölkerungsrückgang, der Schuldenberg, die ungesicherten Finanzgrundlagen der sozialen Sicherung sind nur drei Beispiele für die Art, wie Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, aus Schwäche Probleme in die Zukunft abdrängt. Perspektiven kann aber nur eine Regierung entwickeln, die für sich selbst eine Zukunft sieht, die nicht Tag für Tag um den Machterhalt bangen muß, die es sich leisten kann — das heißt doch Regieren —, auch in der Tagespolitik scheinbar unbequeme Entscheidungen zu treffen, wenn diese Entscheidungen zum Wohl des Ganzen zwingend und notwendig sind.

In Ihrer Neujahrsansprache haben Sie — dann auch noch in der Bundespressekonzferenz vor einigen Tagen — von großem Zukunftsvertrauen, von wirtschaftlichem und politischem Optimismus gesprochen. Sie haben, Herr Bundeskanzler — und das ist erstaunlich, wenn man in die Welt blickt —, ein außenpolitisch ruhiges Jahr angekündigt. Das ist der Versuch, das Bild einer

heilen Welt zu entwerfen, in der jeder so zufrieden ist, wie ihm von der Regierung Zufriedenheit zugeteilt wird. Voller Hoffnung und Zuversicht für sein persönliches Leben.

Herr Bundeskanzler, es stellt sich doch die Frage — und das mitten in Ihrer Regierungszeit, mitten in dieser Legislaturperiode —, warum gerade auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland junge Leute unter einer tiefgreifenden Orientierungskrise leiden, in der jungen Generation in einem bestürzenden Ausmaß der Rückzug in den Bereich des Privaten zu sehen ist, sich viele vom Staat und von ihrer Mitverantwortung im Gemeinwesen abwenden, die Zahl derer, die sich in Sekten, Alkohol und Drogen flüchten, weit in die Hunderttausende gegangen ist und Kriminalität in diesem Bereich zunimmt. Das muß uns doch betroffen machen.

Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, nicht, daß zwischen Ihrer heilen Welt, die Sie den Bürgern aus Wahlgründen vortragen, und der Wirklichkeit eine immer tiefergehende Kluft zu beobachten ist. Herr Bundeskanzler, in einer solchen Situation stellt sich für jede Regierung die Frage nach ihrer Mitverantwortung. Für den wachsenden zutiefst befremdlichen Fatalismus in unserer Gesellschaft. Sie müssen sich als Regierungschef doch die Frage stellen, warum Sie diese Entwicklung in Ihrer Analyse ausklammern.

Auch das wirtschaftliche, soziale und politische Klima des Jahres 1979 wird erheblichen Belastungen ausgesetzt sein. Wenn Sie gesagt haben, der Optimismus werde durch die Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Stahlindustrie nicht beeinträchtigt, dann frage ich mich wirklich, ob Sie diese Äu-

Berung nur deshalb machen konnten, weil Sie einen Teil dieser Auseinandersetzung in fernen Gefilden erlebt haben.

Die „Zeit“, eine Ihnen doch ganz gewiß gewogene Stimme, schreibt in diesem Zusammenhang:

„Die Arbeitnehmer haben in den sechs Wochen, die sie vor den Werkstoren verbrachten, Einkommenseinbußen erlitten, die sie nie wieder einholen können. Die Allgemeinheit wird durch geringere Steuereinnahmen, neue soziale Lasten und wohl auch durch eine weitere Verzögerung des erhofften Aufschwungs in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Damit wird ausgedrückt, was Millionen Bürger der Bundesrepublik in diesen Streiktagen empfunden haben.

Es besteht doch gar kein Zweifel, Herr Bundeskanzler, daß über die meßbaren ökonomischen und wettbewerbsmäßigen Wirkungen hinaus durch die Härte und Stärke der Auseinandersetzung gerade auch die so lebensnotwendigen psychologischen Grundlagen des Aufschwungs in Gefahr geraten sind.

Wir alle sind froh, daß dieser Streik endlich, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, beendet werden konnte. Aber das, was Sie Herr Bundeskanzler, laut der Zeitschrift „Der Spiegel“ auf den Bahamas zu diesem Streik gesagt haben, zeigt, daß Sie sich während dieses dramatischen Arbeitskampfes nicht nur geographisch von der Bundesrepublik Deutschland abgesetzt haben. Sie sind weit, weit weg von der Wirklichkeit des Landes, dessen Regierungschef Sie sind.

Was soll das folgende Zitat?

„Alle diese deutschen Kleinbürger, die meinen, ein Streik sei ein Zeichen von

Unordnung, die können mir den Buckel herunterrutschen!“

Herr Bundeskanzler, es ist die riesige Mehrheit der Bundesrepublik Deutschland, die Ihnen den Buckel herunterrutschen muß. Ich weiß, daß Sie in Ihrem Selbstwertgefühl kaum zu erschüttern sind. Dennoch rate ich Ihnen — Sie wollen ja Regierungschef des Landes sein, dessen Bürger Ihnen den Buckel herunterrutschen sollen —, darüber nachzudenken, ob all jene, egal, wo sie politisch stehen, ob Arbeitgeber oder Gewerkschaftler, die in diesen Tagen voller Sorge auch die innere Entwicklung dieses Streiks und jener Kräfte betrachtet haben, welche dabei sichtbar wurden, die Lage wirklich so fahrlässig einschätzen, wie Sie es getan haben.

Herr Bundeskanzler, Sie verlieren kein Wort darüber, welche Gefahren für den Geldwert in der Bundesrepublik Deutschland entstehen. Statt dessen riskieren Sie einen Streit mit der Bundesbank, welchen Rang die Geldwertstabilität unter fundamentalen wirtschaftspolitischen Zielen einnehmen soll. Nach den Beschlüssen des Europäischen Rates sollte die europäische Währung im Laufe dieses Jahres in Kraft treten.

Der gerade von Ihnen, Herr Bundeskanzler, so spektakulär betriebene Plan ist nun vorerst geplatzt. Dies schafft doch nun wahrlich in einem wichtigen wirtschaftspolitischen Augenblick für die Wirtschaft in Europa und in Deutschland kein Mehr an Vertrauen.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben Anfang Dezember hier im Plenarsaal gesagt und die Dinge dargestellt, als würde das Inkrafttreten des Währungssystems

ohne jede Schwierigkeit zum 1. Januar 1979 zu erwarten sein. Sie haben uns kein Wort gesagt — weder hier noch in irgendeinem der Ausschüsse wurde das erwähnt —, daß im agrarmonetären Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland erhebliche Probleme bestehen.

Die Tatsache, daß auf dem Gebiet der Agrarpolitik — und wir haben doch in Europa auf diesem Felde Erfahrungen aus den letzten 20 Jahren — wichtige Vereinbarungen offengeblieben sind, ist uns sehr viel später und über die Presse bekanntgemacht worden. Sie, Herr Bundeskanzler, haben es sich selbst

zuzuschreiben, wenn über die Hintergründe dieser Differenzen mannigfaltige und allesamt schädliche Vermutungen angestellt werden.

Die Frage drängt sich doch auf: Entweder Sie haben die mit dem französischen Staatspräsidenten getroffene Vereinbarung in ihrer Substanz nicht ganz erkannt, dann wäre fahrlässig gehandelt worden, oder Sie haben dem Bundestag die vorliegenden Streitpunkte wissentlich vorenthalten. Dann, Herr Bundeskanzler, bedeutet das, daß Sie die deutsche Öffentlichkeit und den Deutschen Bundestag bewußt getäuscht haben.

Die Kampagne gegen Karl Carstens ist erbärmlich und abstoßend

Was mich, Herr Bundeskanzler, im Blick auf die Zukunft des Landes und unseres Volkes noch mehr bedrückt und beunruhigt als der faktische Stillstand der Regierungstätigkeit, ist der immer deutlicher werdende Schwund an demokratischer Gemeinsamkeit in Grundfragen unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Ich habe inzwischen den Eindruck gewonnen, daß der Begriff Gemeinsamkeit in Grundfragen nicht nur der großen Mehrheit der SPD nichts mehr besagt, sondern auch Ihnen. Ich will unsere Erfahrungen im Zusammenhang mit der Wahl des Bundespräsidenten ansprechen.

Die Kampagne gegen unseren Freund Karl Carstens ist ebenso einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wie erbärmlich und abstoßend. Diese Kampagne macht deutlich, daß wir im Verständ-

nis von Demokratie offensichtlich nicht mehr die gleiche Sprache sprechen. Denn Demokratie heißt: Verwaltung von Macht und Amt auf Zeit. Demokratie schließt lebensnotwendig den Wechsel nach dieser Zeit ein — im Rahmen der Legalität, im Rahmen derer, die dazu berufen sind.

Herr Bundeskanzler, ich sage schlicht und einfach: Das, was an Kampagne gegen Karl Carstens getrieben wird und noch betrieben werden wird — und Sie sind nicht aufgestanden; Sie waren in den Landtagswahlkämpfen sogar beteiligt an dieser Kampagne, das alles, Herr Bundeskanzler, hat nur das Ziel, daß Sie und Ihre Partei an der Macht bleiben. Sie und viele Ihrer Helfershelfer draußen im Lande sind dabei, nahezu jeden Preis zu zahlen, um an der Macht zu bleiben.

Respekt und Achtung vor dem Lebens-

weg und der Persönlichkeit eines um diesen Staat hochverdienten Mannes und Mitbürgers bedeuten nichts; Fairneß und Anstand bedeuten nichts. Aber wenn all diese Tugenden mit Füßen getreten werden, dürfen wir uns doch nicht wundern, wenn junge Leute sich von dem Tun derer abwenden, die in diesem Staat Politik machen.

Um was geht es denn wirklich bei diesem Thema? Die Amtszeit des Staatsoberhauptes läuft ab. Die Neuwahl steht an. Das ist ein ganz und gar normaler Vorgang im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Landes.

Wenn Überlegungen über Kandidaten angestellt werden, hat das überhaupt nichts mit Mangel an Respekt vor dem gegenwärtigen Amtsinhaber zu tun. Es hat damit zu tun, daß jeder von uns die Pflicht hat, an seinem Platz das Notwendige zu tun, um seinen Beitrag zur Lösung auch dieser Frage beizusteuern.

Da ist folgende nüchterne Feststellung am Platz. Die CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung 1979 hat zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die absolute Mehrheit. Woher kommt denn diese Mehrheit? Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben der CDU/CSU in einer Serie von Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl 1976 diese Mehrheit verliehen. Das ist die Grundlage.

Da wurde nichts manipuliert, sondern hier hat der Bürger ein klares und eindeutiges Wort gesprochen. Es entspricht demokratischer Tradition, daß man, ob es einem paßt oder nicht, die Haltung, das Votum des obersten Souveräns — das ist der Bürger in unserem Lande — respektiert.

Sie haben in der Serie dieser Wahlen die Sitze verloren, die Sie jetzt gerne hätten, um bei dieser Entscheidung sich ebenfalls durchsetzen zu können. Deshalb wollen Sie jetzt ein Pseudo-Plebiszit in dieser Frage einführen.

Dann lassen Sie uns doch ernsthaft darüber reden, die Verfassung zu ändern und den Präsidenten vom Volk zu wählen. Aber er wird nicht dann, wenn es Ihnen paßt, von der Versammlung gewählt, und wenn es Ihnen nicht paßt, wird ein Plebiszit veranstaltet. Wenn an irgendeinem Punkt der Bürger in der Bundesrepublik die Möglichkeit hat, den geistigen Niedergang der Freien Demokraten beurteilen zu können, dann in der Form der Verfassungsmanipulation, die Sie hier öffentlich betreiben.

Ich habe diese letzten Monate wirklich mit wachem Bewußtsein erlebt, ich habe erlebt, was hier vonstatten ging, wie diese erbärmliche Schnüffelei in der Vorgeschichte, in der Jugendzeit einzelner Politiker — in diesem Falle aus der Union — stattfand.

Und erst dann, als diese Kampagne die Regierungsbank erreicht hatte, sind Sie jäh zusammengezuckt und haben geschwiegen!

Ich habe mich innerhalb der Union leidenschaftlich dem Gedanken widersetzt, daß nach dem Motto verfahren wird: Wenn da veröffentlicht wird, daß dieser und jener Mitglied der Partei war, muß das sofort entsprechend vergolten werden. Meine Damen und Herren, natürlich kann man das. Ich habe ja angedeutet, wie diese Psychose der Schnüffelei die Regierungsbank ergriffen hat und wie nicht wenige auf der Regierungsbank zusammenzuckten, wenn sie dann auf ihr eigenes Leben zurückblickten.

■ BUNDESHAUSHALT 1979

So wurde abgestimmt

Einzelplan (Geschäftsbereich)	Votum der CDU/CSU- Bundestags- fraktion
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	Zustimmung
02 Deutscher Bundestag	Zustimmung
03 Bundesrat	Zustimmung
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	Ablehnung
05 Auswärtiges Amt	Ablehnung
06 Bundesminister des Innern	Ablehnung
07 Bundesminister der Justiz	Ablehnung
08 Bundesminister der Finanzen	Ablehnung
09 Bundesminister für Wirtschaft	Ablehnung
10 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Ablehnung
11 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Ablehnung
12 Bundesminister für Verkehr	Ablehnung
13 Bundesminister für das Post- und Fernmelde- wesen	Ablehnung
14 Bundesminister der Verteidigung	Ablehnung

Einzelplan (Geschäftsbereich)	Votum der CDU/CSU- Bundestags- fraktion
15 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	Ablehnung
19 Bundesverfassungs- gericht	Zustimmung
20 Bundesrechnungshof	Zustimmung
23 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Ablehnung
25 Bundesminister für Raumordnung	Ablehnung
27 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	Ablehnung
30 Bundesminister für Forschung und Technologie	Ablehnung
31 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	Ablehnung
32 Bundesschuld	Ablehnung
33 Versorgung	Zustimmung
35 Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	Zustimmung
36 Zivile Verteidigung	Ablehnung
60 Allgemeine Finanzverwaltung	Ablehnung
Haushaltsgesetz 1979	Ablehnung

■ KOALITION

Wehner setzt Schmidt unter Druck

Herbert Wehner bestimmt gegen den Bundeskanzler die Richtlinien der Bonner Politik und bestätigt sich als Sprachrohr sowjetischer Wünsche in der Abrüstungsfrage. Er ließ die Öffentlichkeit wissen, was er in dem im Februar erscheinenden theoretischen Leitorgan seiner Partei zum Thema Rüstungsbegrenzung schreiben wird: daß es „nicht der realen Lage der Bundesrepublik“ entspreche, mit der „vorgeblieben(!) Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme“ zu argumentieren. Genau dies aber hatte wenige Tage zuvor der Bundeskanzler getan. Nach seiner Ansicht genügt eine Modernisierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen des Westens zum Ausgleich der schnell wachsenden sowjetischen Angriffsmacht bei den Mittelstreckenraketen nicht. Dieses vorsichtige Offenhalten der Opposition für die Neutronenwaffe durch Schmidt zu zerstören, ist eindeutig als Angriffsziel Wehners auszumachen. Einer Meldung der FAZ vom 19. Januar zufolge bereitet der SPD-Fraktionsvorsitzende für die nächste Zeit offenbar eine Reise nach Moskau vor ...

SPD ist Hemmschuh der Berlin-Politik

Die Durchführung der vor sieben Monaten (Juni 1978) in einer gemeinsamen Erklärung von einer Arbeitsgruppe beim Bundespräsidenten vorbereiteten und von den Parteiführern verabschiedeten Empfehlung zu Maßnahmen in der Berlin-Politik ist nicht so vorangekommen, wie es für eine nationale Aufgabe erforderlich wäre, stellt MdB Heinz Narjes

fest. Der Hemmschuh der Entwicklung ist eindeutig die Bundestagsfraktion der SPD, offensichtlich beeinflusst vom Bundesfinanzminister und vom Bundeskanzleramt. So hat sie mehr als einen Monat benötigt, um eine gemeinsam vorbereitete Novelle zur Erhöhung des Berliner Kindergeldes zu verabschieden. Sie hat obendrein den vorgeschlagenen Betrag auch noch um 5,50 DM gekürzt. Zur Flugpreissubventionierung sollte bereits zum 15. September 1978 Bericht erstattet werden. Tatsächlich waren zu der Zeit noch nicht einmal die Verhandlungen angelaufen.

Die Fraktion der CDU/CSU will sich nicht mitschuldig machen an dieser Gleichgültigkeit gegenüber Berlin. Sie ist entschlossen, durch eigene Anträge die Verwirklichung der gemeinsamen Erklärung zu betreiben.

Arbeitsmarktlage als Vorwand für Osthandel

Nach einer Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung in Berlin ist der innerdeutsche Handel als Instrument für die Arbeitsmarktpolitik untauglich. Die Auswirkungen, die vom Warenaustausch der Bundesrepublik mit der DDR ausgehen, sind nach Auffassung des Institutes beschäftigungsneutral. Dieses Ergebnis einer umfassenden Untersuchung steht in einem bemerkenswertem Widerspruch zu den lautstark verkündeten Parolen von SPD und FDP, der Osthandel schaffe in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitsplätze. Für den innerdeutschen Handel liegen nun genaue Berechnungen vor, die das Gegenteil aussagen. Das Arbeitsplatzargument war eine der Stützen der Bundesregierung für einseitige Zugeständnisse im Ostgeschäft. Damit ist auch die Argumentation zusammengebrochen, Exportkredite könnten auf Dauer Arbeits-

plätze sichern. Die Gefahren zunehmender Kompensationsgeschäfte und die überhöhte Verschuldung des Ostblocks bestehen fort.

SPD-Ortsvorsitzender verließ seine Partei

Mit der Begründung, die SPD verfolge eine „lasche und opportunistische Politik“, ist der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Burg/Dithmarschen, Hans-Jürgen Schlage, aus seiner Partei ausgetreten und hat sein Amt als Gemeindevertreter zurückgegeben. In einem Schreiben an den Bürgermeister habe Schlage seine Enttäuschung darüber ausgedrückt, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, die Interessen der Bürger auch über parteipolitische Grenzen hinweg zu vertreten. Wie der Sprecher der schleswig-holsteinischen CDU, Volker Koop, dazu anmerkt, machen die Äußerungen Schlages deutlich, daß es in der Landes-SPD bei weitem nicht die Harmonie gebe, die die Führungsspitze der Öffentlichkeit gerne vorgaukeln wolle.

Linke Gruppe versucht Spaltung der Anwälte

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Rechtsanwalt Werner Holtfort, hat für den 10. Februar in Hannover zur Gründung einer neuen Vereinigung von Strafverteidigern mit politischer Zielsetzung aufgerufen. Die vorgesehene Neugründung bezeichnete der Deutsche Anwaltverein (DAV) — mit fast 21 000 Mitgliedern größter freiwilliger Zusammenschluß von Anwälten — als „verfehlt“. Die neue Gruppierung wolle berufsständische Interessen als Deckmantel zur Verfolgung politischer Ziele benutzen, die sie im offenen par-

lamentarischen Prozeß nicht habe durchsetzen können.

Nach Angaben des DAV sollen den Gründungsauf Ruf neben Holtfort auch die linksextremistischen SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Rudolf Schöfberger, der Juso-Bundesvorsitzende Gerhard Schröder, der frühere Hamburger Justizsenator Professor Ulrich Klug (FDP) sowie der Baader-Meinhof-Verteidiger Otto Schily unterzeichnet haben.

Das Feindvokabular

Der SPD-Seniorenrat hat dagegen protestiert, daß Vokabeln, die überwiegend von den Jungsozialisten benutzt werden, allmählich in den offiziellen Wortschatz der Sozialdemokraten einfließen. Begriffe wie „Berufsverbot“ und „Schnüffelstaat“ machen in Jusokreisen die Runde. Auch die schon etwas in die Jahre gekommenen Parteilinken lassen im internen Zirkel alle Anführungsstriche fallen. Fast alle Vokabeln, die über linke Sozialdemokraten in unseren Sprachgebrauch eindringen, haben ihren Ursprung im kommunistischen Propagandaapparat. Der SPD-Seniorenrat befürchtet, daß der Gebrauch dieser und anderer „Reizwörter“ der ideologischen Indoktrination durch totalitäre, verfassungsfeindliche Kräfte Vorschub leistet.

Zur CDU übergetreten

Der Bürgermeister der westfälischen Stadt Lübbecke, Friedrich Warmann, 43, hat vor dem Stadtrat seinen Übertritt zur CDU erklärt. Er war wegen politischer Meinungsverschiedenheiten aus der SPD ausgetreten. Zusammen mit Warmann ist ein Stadtratsmitglied der Freien Wählergemeinschaft, Ernst August Schmidt, ebenfalls zur CDU übergetreten.

■ DEUTSCHLANDTAG

Junge Union auf den Europawahlkampf gründlich vorbereitet

Eine Vielzahl von kontroversen, sachlichen Diskussionen, ein großes Maß an Solidarität und richtungsweisende Beschlüsse erbrachte der Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands, der am vergangenen Wochenende in der Berliner Kongreßhalle stattfand.

Kernthemen waren die Europapolitik und damit verbunden die inhaltliche Vorbereitung der europäischen Direktwahl sowie die Deutschlandpolitik. Sicher nicht zufällig fand dieser Deutschlandtag in Berlin statt. Nach einhelliger Auffassung der über 300 Delegierten ist Berlin ein integraler Bestandteil der EG. Für die Junge Union steht fest, daß dies in Zukunft auch deutlicher gemacht werden muß. Deshalb soll Berlin der Sitz des von der JU geforderten Europäischen Jugendwerkes werden, stellte der JU-Vorsitzende MdB Matthias Wissmann fest.

Die Junge Union sieht sich den europäischen Idealen verpflichtet. Dies wurde bereits auf dem ersten JU-Treffen 1947 in Königstein deutlich. Bis heute hat sich daran nichts geändert. In einem ausführlichen, monatelang von allen Gliederungen diskutierten Beschluß spricht sich die JU für ein Europa in Freiheit aus. Schwerpunkt des Beschlusses sind jugendpolitische Maßnahmen.

Die JU nennt Maßnahmen zu einer ver-

besserten europäischen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, nimmt sich der Probleme des Jugendalkoholismus, der Drogengefährdung und Jugendkriminalität an. Außerdem enthält der Beschluß Aussagen zu den Themen Umwelt und Energie.

Im deutschlandpolitischen Teil des Kongresses wurde ein nachdrückliches Bekenntnis zur Wiedervereinigung abgelegt. Auch die europäische Einigung muß nach Ansicht der Jungen Union die deutsche Frage offenhalten.

Großes Interesse fand ein Grußwort des CDU-Generalsekretärs, Heiner Geißler, der der kalten, perspektivlosen Verwaltungspolitik Helmut Schmidts eine Politik der Werte als Alternative entgegenstellte.

Weiterhin wurden Beschlüsse zur Novellierung des Wehrpflichtgesetzes gefaßt. Die JU befürwortet einen 18 Monate dauernden Zivildienst, der nicht attraktiver als die Wehrpflicht sein darf. In einem Grundsatzbeschluß zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst sprach sich die JU gegen eine Abschaffung der Regelanfrage aus.

In weiteren Anträgen setzte sich die JU für eine Freilassung des DDR-Häftlings Uwe Reimann ein und forderte die Bundesregierung auf, in Sachen Vietnam-Flüchtlinge aktiver zu werden.

Natürlich spielten auch die Personal- und Strategiediskussionen der Union

(Fortsetzung nächste Seite)

■ JUGENDBERICHT

Typisches Beispiel linker Rechthaberei

Die Bundesregierung ist verpflichtet, dem Deutschen Bundestag in jeder Legislaturperiode einen Jugendbericht vorzulegen. In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD/FDP-Bundesregierung diese gesetzliche Verpflichtung nicht erfüllt. Erst jetzt legt sie den bereits 1975 fälligen Jugendbericht vor.

Dieser Bericht ist von einer siebenköpfigen Sachverständigenkommission erarbeitet worden, die sich auf einen einzigen Bericht nicht einigen konnte. Selbstverständlich kann man Wissenschaftler nicht zur Zustimmung zu einem gemeinsamen Bericht in allen Detailfragen veranlassen, stellte MdB Hermann Kroll-Schlüter fest. Bedenklich ist jedoch, wenn eine geringe Mehrheit in einer Kommission zu vernagt ist, daß sie die Einwände der Minderheit nicht mehr produktiv integrieren und zuordnen kann.

Im vorliegenden Jugendbericht handelt

es sich um ein typisches Beispiel linker Rechthaberei und Engstirnigkeit.

Die wissenschaftliche Untersuchung des Berichts ist nicht repräsentativ. Wir wissen auch nicht, mit welchen Fragen die Jugendlichen konfrontiert worden sind. Eine wissenschaftliche Analyse sollte aber kein Versteckspiel sein.

Das Minderheitenvotum ist lesenswert. Die CDU/CSU unterstützt die darin enthaltene Kritik z. B. da, wo die Berücksichtigung der Hauptschule vermißt wird, wo zuwenig von den Pflichten auch junger Menschen gesprochen und darauf hingewiesen wird, daß es auch eine akzeptable Eingliederung junger Menschen in unserem Lande gibt.

Dieser Jugendbericht geht von einem klassenkämpferischen Modell aus. Deswegen kann man mit ihm auch nicht allzuviel anfangen.

Seit Jahren gibt es eine Jugendarbeitslosigkeit. Und in einer solchen Situation ist es dieser Bundesregierung nicht möglich, einen Bericht zur Situation junger arbeitender Menschen vorzulegen, aus dem notwendige Schlußfolgerungen — wenn eben gemeinsam — gezogen werden können.

Was sollen die jungen Menschen von einem Staat denken, dessen Regierung so eklatant versagt?

(Fortsetzung von Seite 11)

eine Rolle auf dem jährlich stattfindenden Bundeskongreß. Dabei wurde deutlich, daß die Junge Union Deutschlands zu einem hohen Maß an Solidarität bereit ist. Dies wird jedoch auch von den führenden Unionspolitikern erwartet.

Von den Delegierten aus den Landesverbänden, denen bald Landtagswahlen ins Haus stehen, wurde der Zeitpunkt der Führungsdiskussion bedauert. An-

dere Delegierte meinten, irgendwann müßten doch Personal- und Strategiediskussionen stattfinden dürfen.

Am Ende des Deutschlandtages konnte Matthias Wissmann ein erfreuliches Fazit ziehen. Die Junge Union hat sich gründlich auf den Europawahlkampf vorbereitet, erneuerte ihr deutschlandpolitisches Wiedervereinigungsbekenntnis und konnte sachlich und souverän die Personaldebatte bestehen.

Zur Sache:

Keine Kommunisten und Faschisten in den Staatsdienst

Die SPD behauptet: Auch wir sind gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst.

Aber warum will die SPD dann den Einstellungsbehörden – also etwa der Personalabteilung in einem Kultusministerium – verbieten, bei der Behörde, die dafür zuständig ist – dem Verfassungsschutz –, nachzufragen, ob dort etwas gegen den Bewerber vorliegt. Man kann einem Bewerber nun einmal nicht an der Nasenspitze ansehen, ob er ein Gegner unserer Verfassung ist.

Die Folge: Gegner unserer Verfassung schlüpfen leicht und unerkannt unter die Fittiche des Staates, den sie ablehnen und bekämpfen. Revoluzzer mit Gehalt und Pensionsanspruch. Nur stillhalten müssen sie.

Die Vorschläge der SPD sind verfassungsrechtlich höchst fragwürdig. Sie sind darüber hinaus auch gefährlich. Wenn Bewerber erst einmal ohne Überprüfung

eingestellt werden, muß ständig überwacht werden, ob sich die Staatsdiener verfassungskonform verhalten. Das wäre Gesinnungsschnüffelei!

Wir müssen unseren Staat vor Verfassungsfeinden schützen – ohne Gesinnungsschnüffelei. Die CDU hat wirksame Methoden vorgeschlagen. Man prüft die Bewerber, die in die engere Wahl für eine Beamtenstelle kommen.

Übrigens: Ursprünglich war auch Bundeskanzler Schmidt gegen die SPD-Linie. Auch heute haben manche Mitbürger noch diesen Eindruck. In Wirklichkeit ist der Bundeskanzler auf dem letzten Bundesparteitag der SPD still und leise – wie schon so oft – umgefallen!

Unsere Demokratie muß sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzen. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

CDU
// sicher
sozial
und frei

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Gerade im Europawahlkampf sind neue Aktionen in den einzelnen Verbänden gut durchzuführen. In dieser Rubrik zeigen wir ständig Ideen und Taten: Versuchen Sie diese, abgewandelt auf die örtlichen Verhältnisse und nach Möglichkeit mit einem Europabezug in Ihrem Verband zu organisieren. Beachten Sie dazu auch unser „Aktionshandbuch zur Europawahl“.

Pressespiegel

Zur Information für Mitglieder und Freunde gibt der CDU-Kreisverband Bernkastel-Wittlich einen monatlichen Pressespiegel heraus. Darin sind alle Aktivitäten des Kreisverbandes, der Stadt- und Gemeindeverbände aufgeführt.

So können Anregungen und Meinungen weitergegeben werden. Der Pressespiegel November 1978 hatte übrigens einen Umfang von 40 Seiten.

Leuchtbalken für Radfahrer

Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit für Radfahrer. Unter diesem Motto stand eine Verteilungsaktion des CDU-Stadtverbandes Rheinfelden. Sicherheitsbewußte Rad- und Mofafahrer konnten sich Leuchtbalken kostenlos am CDU-Informationsstand abholen. Der Stadtverband wollte damit erreichen, daß die im Straßenverkehr besonders gefährdeten Zweiradfahrer in der Dämmerung und Dunkelheit mehr Sicherheit vermittelt bekommen.

Hilfe für Angehörige von Terroropfern

Die Junge Union Heidelberg hat zugunsten der Witwe des in Dortmund von Terroristen ermordeten Polizeibeamten Hansen eine Blumentombola mit einem Gesamterlös von 1 100,— DM durchgeführt. Diese Hilfsaktion sollte nicht nur die Verbundenheit mit der Polizei zum Ausdruck bringen, die unseren Rechtsstaat auch unter Einsatz ihres Lebens schützt, sondern sollte gleichzeitig an die weniger prominenten Terroropfer der vergangenen Jahre erinnern.

750 Bäume

Viele CDU-Mitglieder gehören zu dem eifrigen Kreis derjenigen, die fachkundig die ersten von 750 neuen Bäumen in Barsbüttel pflanzten. Die Bäume sollen nach dem Willen des CDU-Ortsverbandes Barsbüttel die Gemeinde grüner machen.

Das „Lied der Deutschen“

Neben begleitenden und weiteren Maßnahmen bildet ein Faltblatt „Das Lied der Deutschen“ einen Teil der Mitgliederwerbeaktion des CDU-Ortsverbandes Bad Münders. Auf dem einmal gefalteten DIN-A5-Kunstdruckbogen ist auf der Vorderseite Hoffmann von Fallersleben als Dichter und Joseph Haydn als Komponist der Melodie des Deutschlandliedes abgebildet. Im Innenteil ist die geschichtliche Abhandlung und der Text des Liedes und auf der Rückseite ein

Foto von Dr. Adenauer im Gespräch mit Dr. Heuss wiedergegeben.

CDU-Ortsverband
Im Schwalbennest 1
3252 Bad Münster 1

Hilfe bei Zimmersuche

„Wo finden wir eine Bude, in der man preisgünstig leben und in Ruhe studieren kann?“ Dieser Stoßseufzer ist wohl einer der meistgehörtesten unter Studenten in Universitätsstädten.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Kieler Universität, der vom Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) mitgetragen wird, ist bei der Wohnungs- und Zimmersuche behilflich. Eine Kartei gibt kostenlos Auskunft über Wohnungssuchende und entsprechende Angebote.

Auf zur Wilhelma . . .

Gezielt angeschrieben und eingeladen wurden durch den Kreisverband Göppingen Familien mit vier und mehr Kindern im Alter von drei bis 13 Jahren zu einer Fahrt in den Stuttgarter Zoo „Wilhelma“. Die Fahrt, die während einer „Woche der CDU“ veranstaltet wurde, fand ein so großes Interesse, daß zwei Busse eingesetzt wurden. Eltern und Kinder waren nicht nur über den Fahrtproviand — Äpfel und Wecken — begeistert.

Schnelle Hilfe vor Ort

Nie war die spontane Hilfsbereitschaft in 33 Jahren seit Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland größer, nie waren die Vorratslager voller und unübersichtlicher, aber auch nie war die Zeitnot der Verwaltung und des Personals größer als jetzt.

Das mußten Vertreter des CDU-Kreisverbandes und der CDU-Frauenvereinigung Friesland erfahren, als sie schwer

beladene Fahrzeuge in Friedland ausladen wollten.

Die wertvolle Ladung entstand durch Spenden der CDU-Fraktion und durch private Geld- und Sachspenden. Kurzerhand entschlossen sich die CDU-Vertreter für schnelle Hilfe „vor Ort“. Man fuhr im Lager Friedland vor das Haus mit den zuletzt angekommenen und noch nicht offiziell eingekleideten Vietnamesen und lud dort die dringend benötigten Gegenstände ab. Mit Hilfe eines vietnamesischen Studenten aus Hannover wurde direkt für eine gerechte Verteilung an die Familien gesorgt.

Bürgerberatung auf Rädern

Der CDU-Stadtbezirksverband Köln III hat gemeinsam mit der CDU-Bezirksfraktion eine „Bürgerberatung auf Rädern“ „ins Rollen“ gebracht. Mit diesem mobilen Bürger-Service geht die CDU einen neuen Weg der Bürgerinformation — und -beratung vor Ort. Er stellt eine sinnvolle Ergänzung zu den regelmäßigen Sprechstunden der CDU-Ratsherren und der Bezirksfraktion dar.

Diese rollende Sprechstunde bietet nicht nur die öffentliche Diskussion an, sondern auch die persönliche Beratung für die Bürger.

CDU-Stadtbezirksverband III
Heimbacher Straße 40
5000 Köln 41

Haben auch Sie neue Ideen für die praktische Parteiarbeit. Schreiben Sie uns! Ihre

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Falls Sie Unterlagen von den obengenannten Verbänden anfordern, denken Sie bitte auf jeden Fall an ausreichendes Rückporto.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Eine schädliche Torheit

Es war ziemlich mühsam für Bundesinnenminister Baum, die vom Bundeskabinett beschlossene neue Praxis bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst rechtfertigend zu erläutern. Erläutern kann man sie, aber rechtfertigen läßt sie sich nicht. Es ist ja schon seltsam, daß sich das neue Verfahren offenbar nicht positiv, sondern nur negativ umschreiben läßt: Wegfall der Regelanfrage.

Was sollte für den Beschluß der Bundesregierung sprechen? Gerechter ist das von ihm festgesetzte Verfahren sicherlich nicht. Bisher leitete die Einstellungsbehörde jedesmal, wenn sich jemand ernsthaft um eine Stelle im öffentlichen Dienst bewarb, dem Verfassungsschutzamt eine Anfrage zu —

eben die sogenannte Regelanfrage. Das war ein schematisches Verfahren, aber es schloß Willkür aus. Jetzt soll die Einstellungsbehörde nur noch in besonderen Fällen beim Verfassungsschutz nachfragen, also „besondere Fälle“ schaffen. Ist das etwa demokratischer? Noch abenteuerlicher klingt die Behauptung der Bonner Koalitionspartner, ihre neue Regelung sei „liberaler“.

Wie sie des öfteren versichert haben, sollen die Beamten ihre Verfassungstreue jetzt im Dienst erweisen. Das kann nur Kontrolle bedeuten. Wer aber soll kontrollieren? Es ist ja nicht die Regel, daß Beamte ihren Dienst in Gruppen versehen, so, daß einer auf den anderen aufpaßt — schon dies eine gespenstische Vorstellung. Der Lehrer hat um sich nur seine Schüler. Sollen die ihn nun beobachten, sollen eventuell die Eltern ihn anzeigen? Wer das will, schafft ein Stück totalitären Staates. Wer es nicht will, der hat geschwindelt, als er die Regelanfrage entbehrlich nannte.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 1. 1979

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152. BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.